

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postung ohne Bestellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Straßband 5.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postreform für 1919 eingetragener in

Interate haben die achtzehnjährige Nonpareilgröße oder deren Raum 120 Mm. Wortanzahl des Textes nicht über 5000, jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsangelegenheiten ist der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Sprechstunde: Amt Norden 2895 und 2896

Freiheit

Int. Institut
388. Geschiedenis
Amsterdam

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine polnische Note an Deutschland.

Vorwurf der Grenzverletzung.

Die Vorgänge in Oberschlesien in polnischer Darstellung.

Die Verhandlungen mit den Polen, die heute vormittag wieder aufgenommen worden sind, drehen sich nur um die ober-schlesische Frage. Die Polen haben an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, worin der Vorwurf der Grenzverletzung durch Deutschland erhoben wird. Ein deutscher Bieger soll auf den polnischen Ort Sojnowitz Bomben abgeworfen und dadurch mehrere Einwohner verletzt haben. Es wird von der deutschen Regierung Aufklärung und Genugtuung verlangt. Ueber die Ursachen zu den Unruhen in Oberschlesien hat die polnische Abordnung der „Neuen Berliner Zeitung“ folgende Darstellung gegeben:

Es wird hervorgehoben, daß bolschewistische Elemente bei der Bewegung keine Rolle spielten, sondern daß die Bewegung entstanden sei als Protestaktion gegen den langen Besatzungsstand, während dem viele hundert Personen verhaftet, zahlreiche andere in Untersuchung gezogen und viele des Landes verwiesen worden seien. Alle polnischen Führer habe man entführt. Der Ausnahmezustand sei einseitig gehandhabt, und z. B. alle polnischen Versammlungen wären unterdrückt worden. Am Streit seien Leute ohne Unterschied der Nationalität — also auch Deutsche — und ohne Unterschied der politischen Anschauung beteiligt.

Durch die Unterdrückungsmaßnahmen habe sich eine „unterirdische Bewegung“ herausgebildet, der jede Kontrolle verloren gegangen sei. Der Ausgangspunkt des jetzigen Aufstandes war ein Teilstreik. Göring habe nun hier, wie auch weiterhin, eine unglückliche Rolle gespielt, wozu noch beitrug, daß er keine richtige Führung mit der Arbeiterkraft gehabt hätte und auch der polnischen Sprache nicht mächtig gewesen sei, was die Verhandlungen erschwerte. Erditterung habe es hervorgerufen, daß Beamte, die nach der Revolution entlassen worden und dann unter die Grenzschutztruppen gegangen wären, wieder in ihre früheren Ämter eingesetzt worden seien. Der Streik dehnte sich auf Großen Einfluß auf das Anwachsen der Bewegung habe ein Vorgang bei der Myslowitzer Grube gehabt. Dort hätte man nach der Lösung der Arbeiter zwei Stunden warten lassen, dann seien Reichwehrruppen erschienen, von denen geschossen worden wäre, wobei drei bis vier Leute getötet und ebenfalls tödlich verwundet worden seien. Ein ähnlicher Vorgang habe sich in Zalesze abgespielt. Die Hauptstadt trage die Verantwortung für die Handhabung des Besatzungsstandes.

Diese Darstellung stimmt völlig mit den Mitteilungen überein, die uns aus Oberschlesien zugegangen sind und die aus einwandfreier deutscher Quelle stammen. Die deutsche Regierung und ebenso die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse haben sich nur durch die nationalitätlichen Elemente und die mit ihnen in Verbindung stehenden Unternehmern unterrichten lassen und auf Grund dieser Informationen den jetzigen unhaltbaren Zustand geschaffen.

Die Arbeit in den ober-schlesischen Gruben ruht noch immer fast vollständig. Nur ein geringer Bruchteil der Bergleute ist eingefahren. Auch in den anderen Industriezweigen ist die Arbeitskrise allgemein. Das Streikverbot und der Arbeitszwang des Herrn Göring haben also nicht den geringsten Eindruck auf die Arbeiter gemacht. Dafür nimmt der Feldzug der Regierungstruppen einen immer größeren Umfang an. Bemerkenswert ist folgende Stelle in einem Bericht des „Berliner Tageblatts“:

Die Verluste bei den Aufständischen sind erheblich, da auch die im § 4 der Verordnung über das Standrecht angeführte Erschießung jedes Bewaffneten teilweise durchgeführt wird.

Nach den Vorgängen in Berlin, in Bayern und im Ruhrgebiet kann man sich vorstellen, wie in dem westlichen Oberschlesien das Standrecht ausgeübt werden dürfte. Wie wir schon mitgeteilt haben, hat sich der Oberste Rat der Alliierten mit der ober-schlesischen Frage beschäftigt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird nunmehr noch folgendes darüber berichtet:

Wie der „Matin“ und der „Tamps“ schreiben, herrsche die Meinung vor, daß die Unruhen und Streiks in diesem streitigen Gebiet von Deutschland angestiftet seien, das Oberschlesien schon als verloren ansehe und den Polen nur ein mögliches westliches Land überlassen wolle. Durch die deutschen Maschinenfabriken sei der Export der ober-schlesischen Koh-

lengruben in der letzten Zeit um 80 Prozent gesunken, und wenn nicht schnellst eingeschritten werde, bedeuete das den sicheren Ruin für Polen, Böhmen und Oesterreich. Der Oberste Rat sei zu dem Entschlusse gekommen, daß schnelle Maßnahmen notwendig seien, um den Betrieb wenigstens für die letzten Monate des Jahres zu sichern. Nach dem Wortlaut des Vertrages solle das Gebiet erst vierzehn Tage nach der Ratifizierung besetzt werden. Demnach könne die von Deutschland organisierte Anarchie noch Monate dauern, ja, sie drohe sich zu verschlimmern. Der Plan für die militärische und administrative Besetzung Oberschlesiens sei in allen Einzelheiten fertig ausgearbeitet und könne jeden Augenblick zur Ausführung gelangen. Die Alliierten erwäge die Frage, ob die Besetzung nicht schon jetzt, ohne den Termin der Ratifizierung des Friedens abzuwarten, durchgeführt werden sollte. Die Entscheidung dürfte bald getroffen sein und werde alsbald der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

In der bürgerlichen Presse wird jetzt darüber geklagt, daß die Entente in die Rechte Deutschlands eingreifen wolle. Es muß jedoch festgestellt werden, daß daran die Unfähigkeit der deutschen Regierung schuld ist. Sie hat die Ausübung der Gewaltspolitik in Oberschlesien geduldet, sie ist dafür verantwortlich zu machen, daß die Entente es jetzt übernehmen will, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen.

Die Friedenskonferenz entsendet Vertreter.

Amsterdam, 20. August. (Reuters.)

Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von den Agenten der Alliierten in Schliesien erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß infolge politischer Streitigkeiten Kohlenbergwerke in Oberschlesien zerstört seien. Es sei beschlossen worden, Vertreter dorthin zu entsenden, die über die Lage Bericht erstatten sollen.

Ratifizierung des Friedensabkommens durch Belgien.

H. N. Haag, 21. August.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der belgische Senat hat das Friedensabkommen ratifiziert. Minister Spangas erklärte bei der Behandlung der Kolonialfragen, daß Belgien wahrscheinlich große Gebiete in Deutsch-Ostafrika erhalten werde.

Keine Anerkennung der Regierung Erzherzog Joseph.

T. U. Genf, 21. August.

Nach Pariser Meldungen hat der Fünferat dem Drude der öffentlichen Meinung und den Vorstellungen Italiens, Rumäniens, der Südslawen und der Tschechen nachgegeben, und wie der „Corriere della Sera“ berichtet, die Anerkennung der neuen Regierung in Ungarn verweigert. Die interalliierte Militärmission in Budapest ist angewiesen worden, mit der nur eine Rinderkalt zu unterhalten, im übrigen aber Vorbereitungen zu treffen, um die Freiheit der Wahlen für die Konstituante zu sichern. Indem es der Fünferat ablehnt, mit der gegenwärtigen Regierung über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, manifestiert er deutlich den Wunsch nach einem raschen Wechsel des Regimes, da unter den heutigen Umständen kaum noch ein neuer Staatsvertrag erfolgen kann. Die interalliierte Militärmission hat bereits mit der Bildung einer aus nationalen Elementen bestehenden Ordnungstruppe begonnen, die in der Hauptstadt den Garnisondienst versehen soll. Für eine geordnete und rasche Entwicklung spricht der Abmarsch der rumänischen Truppen.

Budapest, 20. August.

Nach einer Meldung des ungar. Telegr. Korrespondenzbureaus ist in ganz Ungarn das Standrecht erklärt worden.

Japan gegen China.

H. N. Haag, 21. August.

Holländisch Neutobureau meldet aus Washington: Laut „New York World“ hat Japan eine wiederholte Warnung an China gerichtet, daß Unruhen auf der Szentungshalbinsel ohne Erbarmen und ohne Rücksicht niedergedrückt werden.

Die Verbrechen der deutschen Kriegsführung.

Die Enthüllungen der letzten Wochen, die gegenseitigen Beschuldigungen der Staatsmänner, Militärs und Politiker haben einen Blick in die ungeheure Schuld der deutschen Kriegsverbrecher tun lassen. Nicht mit reinen Sinnen sind die „Entthüller“ an ihr Werk gegangen. Der zwischen den einzelnen Parteien entbrannte Kampf um die politische Macht ist die Haupttriebfeder des begonnenen Enthüllungswerkes gewesen. Die Furcht vor der Verantwortlichkeit, die Furcht vor dem Staatsgerichtshof hat den früheren Nachhabern die Feder in die Hand gedrückt und sie zu Entgegnungen veranlaßt, deren leitendes Motiv darin besteht, daß die Ankläger von heute nicht minder schuldig sind, wie die Angeklagten. Alle diese Herrschaften geben jetzt ihre „Denkwürdigkeiten“ und „Erinnerungen“ heraus. Jeder sucht sich selbst in ein möglichst günstiges Licht zu setzen, sich und seine Clique zu entlasten, die anderen anzuklagen. Darüber wandelt sich die große Frage um die Schuld, diese Schuldfrage des deutschen Volkes, in einen Streit um Einzelheiten, in eine Kauferei der Beteiligten, in einen Wirrwarr, in dem die leitenden Gesichtspunkte verschoben und der Kernpunkt der Frage aus der Gesichtswerte des Volkes verdrängt wird. Diesen Wirrwarr brauchen die Schuldigen, um den Klärungs- und Säuterungsprozess im Volke aufzuhalten und Auflagen zu schaffen, hinter denen die Schuld- und Bergigungsarbeit der gestrigen Nachthaber aufs neue einschleichen kann.

Ohne diesen Klärungsprozess jedoch gibt es keine Erneuerung im Innern, wie auch keine Annäherung an die Völker, mit denen Deutschland viereinhalb Jahre im Kriege lag. Es ist eine infame Lüge, wenn von den halben und ganzen Reaktionen immer wieder behauptet wird, die Gegner brauchen das Schuldbekenntnis des deutschen Volkes, um es nur noch mehr zu erniedrigen und in den Stand zu drücken. Nein, dieses Schuldbekenntnis ist erforderlich, damit die gegnerischen Völker wieder Vertrauen zum deutschen Volke als Kulturvolk gewinnen und die bisher nur allzu berechtigten Vorstellungen abstreifen, daß das deutsche Volk ein willenloses Werkzeug in den Händen der militaristischen und imperialistischen Machthaber sei. Die Erkenntnis der großen Schuld, die Deutschland auf sich geladen, ist erforderlich, damit das um Erneuerung ringende deutsche Volk die Wege erkennt, auf denen es aus dem Elend der Zeitzeit emporsteigen kann.

Es ist deshalb warm zu begrüßen, daß die Deutsche Friedensgesellschaft eine kleine Schrift von Professor Friedrich Wilhelm Förster verbreitet, die diesen Klärungsprozess im deutschen Volke zu fördern geeignet ist. Diese Schrift enthält wertvolles Material zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung, das zum größten Teil bisher der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten worden ist. Wohl kennen zahlreiche Kriegsteilnehmer nicht nur diese Missetaten und Verbrechen der militärischen Führer. Aber der breiten Öffentlichkeit ist selbst jener Teil der Anklage gegen die deutsche Kriegsführung, den Professor Förster zusammenfaßt, fast völlig unbekannt.

Professor Förster beginnt mit der Schilderung der ebenso brutalen wie völkerrechtswidrigen Deportationen von Belgiern. Deutsche Augenzeugen fanden keine Worte über die bei solchen Deportationen angewandte Praxis: Es wurden nicht nur Arbeiter, sondern Leute aus allen Ständen zusammengetrieben, wie das Vieh untergebracht und dann ganz unvorbereitet und daher ohne genügende Kleidung nach Deutschland gelandt. Einzelheiten dieses barbarischen Verkes findet man in dem Werke von F. Passelunke: „Les deportations belges.“ (Paris 1916.) Weit weniger bekannt als diese belgischen Deportationen sind die Deportationen junger Mädchen und Frauen aus den besetzten französischen Gebieten. Im November 1918 haben die Allier. Professoren in einer

*) Eine veranschaulichte Ausgabe dieser Schrift erscheint in einigen Tagen unter dem Titel „Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung“ im Verlag Neues Vaterland, West-

Anklageschrift, die von General Böllner befohlene Deportation von 10 000 jungen Mädchen und Frauen aus Lille geschildert. Die Einzelheiten dieser von den Offizieren der damaligen bayerischen Besatzung und des 64. Bommerschen Infanterieregiments befohlene Deportation sind derart, daß sie jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müssen und es vollstän- dig erklärlich erscheinen lassen, daß die Kaiser-Professoren im Anschluß ihrer Anklageschrift erklärten:

„Die Unterzeichneten erklären feierlich, daß sie künftig an keiner deutschen Publikation teilnehmen und keinem internationalen Kongresse beiwohnen würden, der von Deutschen besucht werde, so lange jene deutsche Kollegen nicht durch eine öffentliche Erklärung ihrer Mißbilligung der antisozialen Akte der deutschen Heeresleitung ausgesprochen haben.“

Dieser Erklärung hat sich die Pariser Akademie der Wissenschaften angeschlossen und die alliierten Regierungen aufgefordert, die gleiche Haltung einzunehmen. Das deutsche Publikum hat nur von jener Resolution, nicht aber von den Tatsachen Kunde erhalten, auf die sie sich gründet, und die außer jedem Zweifel stehen. Denn man diese Tatsachen kennen, so paßt einem Mut und Empörung gegen jene Schandbuben in Offiziersuniform, die Champagner trinkend, tollkühn und zügellos, wie auf ihren Befehl tausende wehrloser Frauen und Mädchen aus den Betten gerissen, auf die Straße getrieben, mit Knöten und Keilbeilchen in die Fremde gehetzt wurden, wo sie der Not und dem Elend, der Prostitution überantwortet wurden. Raum eine der unzähligen Schandthaten der deutschen Kriegsführung hat dem Ansehen des deutschen Volkes im Auslande so sehr geschadet, wie diese ungeheuerliche Grausamkeit gegen die französischen Frauen und Mädchen, die die entscheidenden Missetaten der mittelalterlichen Kriege in den Schatten stellte.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß alle jene Zeugen, die über die Barbarei der deutschen Kriegsführung klagen, die Schuld der deutschen Soldaten als gering ansehen, dafür aber um so schärfer die oberen Chargen anklagen. In Hunderten von Ausagen heißt es über die deutschen Soldaten: „Sie waren gut, sie schenkten unseren Kindern immer aus ihren Taschen, sie stahlen Brot für sie, sie halfen uns unser Gepäck tragen, sie weinten, als sie unser Eigentum zerstören mußten, sie sind ebenso unglücklich wie wir!“ Aber je höher hinauf in die militärischen Chargen, desto erbitterter wird das Urteil: „Nieder zehn Soldaten, als einen Unteroffizier; lieber zwei Unteroffiziere als einen Offizier.“ Mit Recht bemerkt Professor Förster, daß alle diese Berichte nur wieder klar zum Bewußtsein bringen, wie herzensgut das einfache deutsche Volk ist, wie sehr aber die Ideologie der nationalen Selbsthuf und die Anbetung des Staates weite deutsche Bildungsschichten entmenslicht und selbst aufgefälscht hat. Diese „gebildeten“ Schichten des deutschen Volkes, die Oberlehrer, Professoren, Kriegsphilosophen, Journalisten, Scherindustriellen — sie sind der eigentliche Sitz unserer Schuld. Sie haben die in der ganzen Welt vorhandene Politik der Selbsthuf in alle Konsequenzen ausgedehnt, sie zum theoretischen Bekenntnis, zur nationalen Religion erhoben und dadurch alle jene Ausbrüche einer grauenhaften und zugleich gänzlich kurzschichtigen Kollektivhuf möglich gemacht, wie sie in der systematischen Ausbeutung und Verführung der besetzten Gebiete, in der Deportation der friedlichen Bevölkerung, in der rücksichtslosen Unterordnung aller und jener Handlungen unter die militärischen Gesichtspunkte zum Ausdruck kamen. Diesen Tritten vor allem ist es zu verdanken, daß ein Zustand eintrat, den ein höherer deutscher Offizier in diesem Kriege folgendermaßen charakterisiert hat: „Es gibt keine Armee, in der der einzelne Soldat weniger Aufstellungen begehrt, als die deutsche Armee, und es gibt keine Armee, in der die Oberste Heeresleitung größere Ausschreitungen begehrt als die deutsche!“

Zu diesen Ausschreitungen gehört neben den Deportationen die auf höheren Befehl vorgenommene Ausraubung und Verwüstung der nordfranzösischen Fabriken. Von dem Schrecken und dem Umfang dieser Verwüstung, die zum Teil den gemeinsamen Motiven der deutschen Konkurrenz zu danken ist, kann man sich keine auch nur annähernde Vorstellung machen. Im

deutschen Volk ist darüber kaum etwas bekannt. Man hat dort immer nur die Vorstellung, daß neben anderen, inmitten der Kampfhandlung gelegenen Bauten, auch viele Fabriken zerstört sind. „Das ist der Krieg“, so heißt es dann, und damit ist die Sache abgetan. Man weiß nicht, daß hier systematisch mehr als ein Drittel der französischen Industrie, ja deren eigentliche Mutterwerke, vernichtet worden sind. Die offiziellen Berichte über dieses Verbrechen der Ausraubung und Verwüstung, das mit militärischer Notwendigkeit wahrlich nichts zu tun hat, sondern die Welt Herrschaft der deutschen Industrie nach dem Krieg sichern sollte, sind vor kurzem erschienen. Einen annähernden Begriff von dem, was geschehen ist, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht über die Ausraubung und völlige Vernichtung des Stablenwerks Arbeit in Douai:

„Von den dafür nötigen Werkzeugmaschinen und Vorräten an fertigen sowie in Arbeit befindlichen Produkten ist nichts mehr da, während der vier Jahre der Okkupation haben die Deutschen alles weggenommen, um es nach Deutschland zu transportieren, imbesgriffen die Eisenbahnen und Gebäude. Eine hydraulische Schmelzpresse von 1200 Tonnen, 22 Meter lang, einziges Stück dieser Art auf dem Kontinent, wurde von einer deutschen Waggonfabrik in Köln bei Köln mit der Bemerkung requiriert: Mit dieser Maschine habt Ihr uns eine Bestellung von 100 Petrobojen für Rumänien weggenommen. Wir nehmen sie nun fort und wir werden in Zukunft an Eurer Stelle die Wagon Arbeit machen.“ Worüber sich aber Herr Arbeit noch besonders beklagt, ist der Umstand, daß während dreier Monate ein deutscher Ingenieur alle Archive durchstöberte, insbesondere die Zeichnungen von Werkzeugmaschinen wognahm, was ihm paßte, während das Uebrige — eine enorm geistige Arbeit — verbrannt, zerstört oder geplündert wurde. Für 83 Millionen Franken haben die Stablenwerke Arbeit Requisitionen gemacht: das ist alles, was von der fünfzigjährigen Arbeit für die Fabrik und für die Familien der 200 Arbeiter bleibt. Zum Wiederaufbau der Fabrik rechnet Herr Arbeit sieben bis acht Jahre und zwei bis dreimal höhere Herstellungskosten, die sich bei der ersten Gründung auf 20 bis 40 Millionen Fr. beliefen.“

Das hier Wiedergegebene kann als symbolisch für das ganze Verwüstungswerk in Nordfrankreich gelten. Wahnsinniger Eigennutz der herrschenden Schichten, deren Ziel nach Beherrschung der Welt ebenso ins Wahlose gestiegen war, wie ihr Bestreben, das Blut der deutschen Soldaten für ihre persönliche Bereicherung auszunutzen, war die Ursache dieses Summenselbstzuges der Obersten Heeresleitung und der ihr untergeordneten Organe gegen die französische und belgische Industrie. Dementselben Wahnsinn entsprang die auf Befehl der oberen militärischen Stellen vorgenommene Verwüstung der nordfranzösischen und belgischen Kohlengruben beim Abzug der deutschen Truppen. Jeht Jahre Arbeit bedarf es, um den Schaden wieder gutzumachen. „Das Bild der von den Deutschen vollbrachten Verwüstungen“, so sagt ein Bericht, „übertrifft an Intensität und Vollendung alles, was man sich vorstellen kann.“ Eine ganze Bevölkerung hat ihren Lebensunterhalt verloren. Deutschland soll nun dafür das Saareckten hergeben und viele Milliarden bezahlen, um den Schaden wieder gutzumachen. Die deutschen Kriegsgefangenen müssen nun schon seit Monaten daran arbeiten, um das verbrochene Verwüstungswerk der oberen Kommandostellen, das ohne jede militärische Notwendigkeit vorgenommen wurde, wenigstens notdürftig zu reparieren.

Ebenso verhält es sich mit der systematischen Verwüstung ganzer Gebiete beim Abzug der deutschen Truppen. Man hat große fruchtbare Landstrecken in Wäldern verwandelt, man hat ganze Dörfer in Brand gesetzt und die friedliche Bevölkerung aus ihren Wohnstätten vertrieben, ohne daß auch nur eine Spur militärischer Notwendigkeit dem zugrunde lag. Gerade diese Verbrechen haben die Erbitterung der gegnerischen Völker gegen uns ins Wahlose gesteigert. Ihnen ist es vor allem anzuschreiben, daß die Blockade noch acht Monate nach dem Waffenstillstand aufrecht erhalten wurde. Ihnen verdankt es das deutsche Volk, daß der Friede unter so mörderischen Bedingungen abgeschlossen wurde, und daß nun Hunderttausende von deutschen Arbeitern ihre Arbeitskraft hergeben müssen, daß Hunderte von Millionen an Staats-

mitteln erforderlich sind, um die Verbrechen der deutschen Kriegsführung wieder gutzumachen.

Wir haben nur einen kleinen Auschnitt aus der großen Anklage wiedergegeben, die gegen die deutsche Kriegsverbrechen erhoben wird. Erst wenn die ganze Wahrheit bekannt würde, könnte das deutsche Volk ermessen, wieweit der Verbrechen sein Schicksal in der Hand ließen, wie tief der Abgrund ist, in den es gestoßen worden ist. Hier Arbeit zu schaffen, ist nicht nur ein Gebot der sittlichen Pflicht gegenüber den Gegnern, es ist ein Gebot der Selbsterhaltung des deutschen Volkes, das endlich mit jenen Elementen aufträmen muß, die die Hauptschuld an diesen Verbrechen tragen. Diese Elemente wogen sich in den letzten Monaten immer stärker an die Oberfläche, sie wühlten in allen Schichten der Bevölkerung, sie lügen und verleumdete wie in den Jahren der unbeschränkten Herrschaft der Kriegspresseämter, sie sind eifrig dabei, unter der Hütle der Lüge wieder die ganze Macht an sich zu reißen, um den Mächten der Reaktion wieder in den Sattel zu helfen! Wegen diese Gefahr gibt es nur eins: Zusammenbruch und kraftvolle Offensive aller vorwärtsdrängenden Kräfte des deutschen Volkes, Entlarbung der Schuldigen und ihre Aburteilung vor einem Staatsgerichtshof, das zu einem Volksgericht über die Kriegsverbrechen gemacht werden muß.

Eine Besichtigung Nordfrankreichs.

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 16. August berichtet die deutsch-österreichische Kommission, die im Anschluß an die Friedensdelegation in St. Germain über die Entsendung deutsch-österreichischer Arbeiter nach Frankreich unterhandelt, über eine Besichtigung der zerstörten Gebiete unter französischer Führung. Dem Bericht entnehmen wir:

Die Reise ging zunächst nach Arras, wo ein deutscher Gefangenenslager besichtigt wurde, um die Unterbringung größerer Arbeiterkontingente in Sommerzellen kennen zu lernen. Die Gefangenen sahen gut genährt aus; ihre Unterkunft war sauber gehalten. Hierauf wurde zum Vergleich ein Schlager französischer Arbeiter in Augenschein genommen, der im wesentlichen die gleiche Einrichtung aufwies. Den deutsch-österreichischen Arbeitern ist dieselbe Unterbringung wie den französischen zugesichert. Für den Winter werden heizbare Baracken erbaut werden, für deren innere Einrichtung die französische Regierung Sorge tragen wird. Die Einrichtung solcher Baracken soll die erste Tätigkeit der Arbeiter gelten.

Von Arras erfolgte die weitere Fahrt in Automobilen nach Capuaume und Albert. Beide Städte sind vollständig zerstört. Die deutsch-österreichischen Vertreter wurden von einer größeren Gesellschaft, bestehend aus etwa fünfzehn Herren mit dem Unterpräsesen und dem Bürgermeister an der Spitze, empfangen. Die Kommission überzeuge sich von der großen Ausbeutung der Arbeit, die hier zu leisten ist. Die Art der Begegnung war freundlich. Es wurde betont, daß man die deutsch-österreichischen Arbeiterkräfte möglichst bald herbeiwünsche.

Die Rückreise erfolgte wieder in der Eisenbahn über Paris, wo die Mitglieder der deutsch-österreichischen Kommission gegen 9 Uhr abends eintrafen.

Die Beratungen werden in St. Germain fortgesetzt und dürften in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen.

Es ist auffällig, daß die deutsch-österreichische Kommission mitteilt, österreichische Arbeiter würden herbeigewünscht werden und die Beratungen über ihre Entsendung würden in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Um dieselbe Zeit erklärten aber deutsche Arbeiter mit Mißtrauen bezeugt und daß die Verhandlungen noch lange Zeit dauern würden. Er wäre angebracht, wenn dieser auffällige Widerspruch Aufklärung finden würde, andernfalls die Öffentlichkeit glauben würde, daß die eigenartige Zusammenfügung der deutschen Kommission diesen völligen Mißerfolg bei den Verhandlungen verheimlicht habe.

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen.

Die elende Preisgabe des sozialistischen Erziehungs- und Schulprogramms in der Reichsverfassung, durch die, wenn nach nobleren Beschläßen ginge, Weltlichkeit, Einheit und Ungenossenschaft der Schule im republikanischen Deutschland erledigt wären, hat bis weit in die Reihen der Rechtssozialisten helle Empörung wachgerufen. Da ist es höchst begrüßenswert, daß in diesem Augenblicke eine Schrift erscheint, die ebenso klar wie entschieden die Grundlinien eines sozialistischen Erziehungswezens giebt. Die Arbeit des Genossen Löwenstein giebt auf 87 Seiten viel mehr als der anpruchsvolle Titel verspricht. Wenn von mancher Seite bestritten wurde, daß es so etwas wie sozialistische Pädagogik überhaupt gäbe, so liegt hier der Beweis vor, daß es nur der gründlichen marxistischen Ableitung bedarf, um auch die Erziehung der sozialistischen Gesellschaft gegenüber der bürgerlichen Pädagogik auf eigene Füße zu stellen.

Nachdem in einem einleitenden Abschnitt von meisterhafter Prägnanz der „geschichtliche Zusammenhang von Produktion und Bildung“ aufgedeckt und die „Gebundenheit der Erziehungsformen und Ideale an die durch die ökonomische Produktion geschaffene Gliederung der Klassen“ nachgewiesen ist, wird das liberale Erziehungsideal der Persönlichkeit als die genaue Parallelerklärung zum ökonomischen Ideal des freien Unternehmertums und des Freihandels enthüllt. In unserer Zeit der babylonischen Verwirrung aller sozialistischen Bekenner, wo bald jeder irgendwie unzureichende „Geißel“ sich sozialistisch fühlt, ist nichts so heilsam als der haarsträubende Nachweis des Zusammenhanges des Individualitätsideals mit der kapitalistischen Wirtschaftsform. Nachdem so das bürgerliche Erziehungs- und Bildungsideal nach der Methode des historischen Materialismus erklärt und damit seine Unbrauchbarkeit für eine sozialistische Gesellschaft festgelegt ist, folgt die Ableitung der Grundgedanken einer sozialistischen Pädagogik aus der ökonomischen Lage des Proletariats und den Grundbedingungen sozialistischer Produktion: „Die Solidarität aller mit der Inbegriff des Sozialis-

mus, wird der Gegenpol zum Individualismus.“ Sie bildet die ethische Grundlage einer Gemeinschaft, die an die Grundvorgänge des Lebens greift.“ So gründlich wie hier ist meines Wissens noch nie, auch nicht in der marxistischen Sozialpädagogik, der einzelne als differenziertes Produkt der Gemeinschaft hingestellt und damit zugleich erklärt worden, warum die bürgerliche Erziehung weder der Individualität noch der Gemeinschaft gerecht werden konnte. Die sozialistische Gemeinschaft ist aber eine schaffende; das Proletariat hat sich aus der Schmach seines Daseins den hohen Begriff der Arbeit erobert.“ Arbeitsgemeinschaft — Gemeinschaftsarbeit, auf diesen beiden Wechselbegriffen beruht alle wahre sozialistische Erziehung und Bildung: „Die Arbeit (in der klassenlosen Gesellschaft) ist zu gleicher Zeit Bildung; arbeiten und sich bilden sind eins geworden.“

Von dieser soliden und marxistischen Grundlage aus gewinnen die pädagogischen Probleme und Gegenwartsfragen ihre eigentümliche und scharfe sozialistische Besetzung. Natürlich kann die keine Schrift nicht die ganze Fülle der Fragen erschöpfen, aber es enthält sich auf Schritt und Tritt die Inbegrifflichkeit und Fruchtbarkeit des Ausgangspunktes, und jeder Interessierte ist in der Lage, ausgerüstet mit dem Kompass und dem Maß, die ihm Löwenstein in die Hand gibt, sich durch den Urwald der Probleme und Reformvorschlüge den sozialistischen Weg zu bahnen. Welch ein ganz anderes Gesicht, welche andere getratete Lösung bekommt bei Löwenstein das Gegenwartsproblem in Vergleich zu den bürgerlichen Reformen! Der Beruf des Lehrers, die Erziehungsaufgaben der Familie, das Verhältnis der Geschlechter, das Spiel und der Elementarunterricht, die Erziehung der sozialistischen Gesinnung werden ebenso feinsinnig wie eingehend behandelt.

Die Probe auf das Exempel einer richtigen wissenschaftlichen Grundlegung aber ist gewiß ihre Brauchbarkeit für die praktische Arbeit. Daran handelt der IV. Teil: Gegenwartsfragen. Natürlich kann der Verfasser hier nicht erschöpfend sein. Aber was über die bürgerliche und die sozialistische Einheitschule, über die Schulverwaltung, über Religion, Geschichte, Werkstätten- und Arbeitsunterricht, über Gemeinschaftsarbeit in den Lehrplänen gesagt ist, enthält das Wichtigste an schulpolitischen Forderungen, die unsere Partei erhebt, das Wichtigste an Winken für die praktische Arbeit und Aufbau eines sozialistischen Erziehungswezens. Hier wäre noch besonders hervorzuheben, daß Löwen-

stein, statt an den überkommenen „höheren“ Ständes- und Klassenkulturen sich abzumachen, um sie in ein Einheitskultsystem einzunorden, für einen allmählichen Abbau der höheren Schulen eintritt bei gleichzeitiger Ausdehnung der Volksschule. Diese Lösung hängt aufs innigste mit seiner Auffassung von der schaffenden Gemeinschaft, vom Gegenwartsproblem, vom Bildungswort des bisherigen Sprachunterrichts zusammen und hat nach unserer Auffassung die Zukunft für sich.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß es Löwenstein gelungen ist, nachzuweisen, wie zu einer Erziehung in und für schaffende Gemeinschaft ein System von Bildung- und Erziehungsfragen organisch hinzugehört. Daraus ergibt sich die Gegenwartsforderung: „Für das gesamte Gebiet des Bildungs- und Erziehungswezens läßt sich neben den vorhandenen städtischen und staatlichen Behörden ein Kontrollsystem durch Bildungsräte schaffen, deren Funktionen teilweise zu erweitern sind, bis sie später den gesamten Verwaltungsbetrieb übernehmen können.“ Gerade auch im Hinblick auf diese Aufgabe, die das Proletariat zu leisten haben wird, kann die Schrift des Genossen Löwenstein den organisierten Arbeitern nicht dringend genug empfohlen werden. Sie ist höchst geeignet für Nacht- und Abendstunden sowohl in ihrem grundsätzlichen wie ihrem praktischen Teil.

Ausstellung erworbener Künstler. Die Produktionsgenossenschaft erworbener Künstler hat eine Ausstellung zu Hof in Schöneberger Rathaus eröffnet. Die Genossenschaft zeigt Gemälde, Radierungen, Plakate usw. der verschiedensten Ausrichtungen in ziemlich reichhaltiger Auswahl. Der Grundgedanke der Genossenschaft ist die Bevorzugung der Verworbenen aufzuheben und zwar in der Weise, daß der vom Glück begünstigte Künstler mit seinem nicht begünstigten Kollegen den Erlös aus seinen Werken teilt. Am Publikum liegt es nun, durch Kauf oder durch regen Besuch der Ausstellung die gute Sache materiel und ideell zu fördern. Die Ausstellung ist geöffnet: täglich (auch Sonntags) von 10-6 Uhr gegen 50 Pf. Eintrittsgeld. Erworbene Große-Vorläufer haben bei Vorzeigung ihrer Stempelleiste freien Eintritt.

Nachmal „Expressionismus für Arbeiter.“ In der Besetzung — Walden erhalten wir nun noch diese Erklärung: Gegenüber Waldens 6 Punkten in Nr. 388 halte ich meine Kritik der Ausstellung in vollem Umfang aufrecht. Wer aufmerksam zu lesen versteht, bemerkt, daß Waldens Entgegnung die Sache mit großer Kunst umgibt. In Punkt 2 lehnt er die Veranlassung

*) Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen. Von Dr. Kurt Löwenstein. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. 87 S. 80 Pf.

Die Kreisreform der Gemeindeverfassung.

Die Preussische Landesversammlung hat kurz vor ihren Arbeiten verschiedene besonders dringlich erscheinende Punkte der Gemeindeverfassung vorläufig geregelt. Für die Kreisreform der Gemeindeverfassung vorläufig geregelt. Für die Kreisreform der Gemeindeverfassung vorläufig geregelt.

Der § 2 lautet: Die Wahlzeit der unbesoldeten Gemeindevorsteher, ihrer Stellvertreter, der unbesoldeten Ratsmitglieder, der unbesoldeten Magistratsmitglieder und Beigeordneten, sowie der Kreisdeputierten endet mit dem 31. August 1919. Nur wenn in einer Gemeinde die Durchführung der Wahl bis zum 31. August nicht möglich ist, kann sie bis zum 31. Oktober hinausgeschoben werden. Obgleich wir in Halle ein einheitliches Groß-Berlin haben werden, müssen auch die Bezirke Groß-Berlin Neuwahlen vornehmen, nicht in den Orten, in denen erst kürzlich Wahlen stattgefunden haben. Sofern mindestens zwei Personen zu wählen sind, erfolgt die Wahl auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Soweit in den Landgemeinden die Neuwahl der Gemeindevorstände einschließlich der Ratsmitglieder durch die Gemeindevertretung allein oder in gemeinsamer Sitzung mit dem Gemeinderat zu erfolgen hat, haben die Gemeindevorsteher (Bürgermeister, Beigeordnete, Stellvertreter) und Ratsmitglieder keine Wahlrechte. Auf diese Bestimmungen mögen unsere Genossen besonders acht geben, da bei den letzten Wahlen die Wählerwahlmänner mitgewählt haben. Stadtverordnete können ihr Amt auch dann noch behalten, wenn sie zu Mitgliedern des Magistrats gewählt sind. Ob beide Ämter gleichzeitig ausgeübt werden können, ist von der verfügbaren Zeit und sonst abhängig. Auch Frauen können in den Magistrat und Gemeindevorstand gewählt werden.

Eine zweite wichtige Bestimmung betrifft die Neuwahl zu den Deputationen und Kommissionen. In vielen Deputationen sitzen heute noch die alten Bürgerdeputierten und jähren den Willen der Wählerschaft. Die Kommissionen müssen erneuert werden, die von den Kreisräten eingesetzt sind. Auch in diesem Falle kommt das Verhältniswahlrecht zur Anwendung. Nach einem besonderen Gesetz sind auch die staatlichen Steuerkommissionen aufgelöst. Bei ihrer Neubesetzung soll gleichfalls auf den durch die öffentlichen Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen Rücksicht genommen werden. Die Besetzung der Schuldeputationen steht noch aus, weil diese Angelegenheit durch ein besonderes Gesetz geregelt wird, das in der Preussischen Landesversammlung in der Kommission schon angenommen, aber durch die jeinittliche Mehrheit des Parlaments mit den Rechtssozialisten in Verhandlung noch nicht verabschiedet werden konnte. Es ist aber zu hoffen, daß es bald nach den Ferien gesetzliche Kraft erhält.

Neu zu wählen sind auch die Amtsvorsteher. Ihre Amtszeit endet am 31. Oktober. Auf die kommissarischen Amtsvorsteher finden die Bestimmungen keine Anwendung. Diese Wahl erfolgt durch die Kreisräte.

Über die Verhältniswahl durch die Gemeindeversammlung oder eine Verwaltungskommission vorzunehmen ist, darf die zur Einreichung der Wahlunterlagen geforderte Unterschriftenzahl nicht übersteigen, die sich bei einer Teilung der Mitgliederzahl in der Wahlkörperzahl durch die Zahl der von ihr zu wählenden Personen ergibt, in keinem Falle aber mehr als ein Fünftel der Mitgliederzahl der Wahlkörperzahl umfassen. Ein Beispiel: Sind in einer Stadt, die 48 Stadtverordnete zählt, 5 unbesoldete Magistratsmitglieder zu wählen, so darf die geforderte Unterschriftenzahl nicht durch $5 = 9,6$, nach unten abgerundet 9, nicht übersteigen. Sind bei der gleichen Stadtverordnetenzahl nur 4 unbesoldete Magistratsmitglieder zu wählen, so darf die geforderte Unterschriftenzahl nicht durch $4 = 12$ übersteigen, sondern durch die Sonderabstimmung 48 durch $4 = 12$, nach unten abgerundet 9, nicht übersteigen. Diese Wahl kann aber herabgesetzt werden.

Der gegebene Zustand ist, daß die Fraktion ihre Vorrechte für die zu wählenden Mitglieder des Magistrats, der Räte und für die zu wählenden Mitglieder der Kom-

missionen machen. Für unsere Genossen gilt es, eifrigst an die Arbeit zu gehen, um die für die einzelnen Stellen geeigneten Kräfte herauszufinden.

Auf Anregung des Leitenden Kreiswahlkommissars soll die Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder im Letzterem Kreis am Sonnabend, den 20. August, stattfinden, in den Gemeinden jedoch, in denen bestimmte Sitzungstage bestehen, soll die Wahl an dem Sitzungstage der letzten Woche vorgenommen werden. Die Gemeindevorsteher werden als Einzelpersonen nach dem Mehrheitsgrundsatz gewählt; die übrigen unbesoldeten Mitglieder des Gemeindevorstandes nach dem Verhältniswahlrecht. Eine entsprechende Zahl von Ersatzmitgliedern ist sofort mitzuwählen, damit beim vorzeitigen Ausscheiden eines Gewählten die freiverdende Stelle durch Nachrücker wieder besetzt werden kann.

Generalversammlung der S. P. D.

Im ehemaligen Herrenhaus tagte gestern die Generalversammlung der S. P. D., um den Bericht des Vorstandes vom 1. Januar bis 31. März entgegenzunehmen. Der Bericht des Vorstandes über diese Versammlung beginnt mit folgenden Worten:

Die Berichtsperiode zeigt ein turvenhaftes Ansteigen der Parteifähigkeit, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie auch in puncto Stählung der Kampftätigkeit aller Mitglieder. Wenn auch von unabhängiger Seite und nachgerühmt wird, unsere Partei hat die galoppierende Schwindsucht, so fühlen wir uns bei dieser Krankheit sehr wohl.

Es dürfte wohl kaum einen Menschen geben, der diesen dunklen Worten einen Sinn zu entnehmen vermag. Wie aber dieses „turvenhafte“ Ansteigen der Parteifähigkeit aussieht, geht aus den Zahlen hervor, die der „Vorwärts“ über den Anstiegsbericht veröffentlicht. Danach sind im 1. Quartalsjahr 55 474 Beitragsmarken à 60 Pf. und 5019 Beitragsmarken à 30 Pf. entnommen worden. Das bedeutet, daß während des 1. Quartals 18 400 vollzahlende männliche und 8173 vollzahlende weibliche Mitglieder vorhanden waren. Da die Unabhängige Sozialdemokratie in der gleichen Zeit mehr als die dreifache Mitgliederzahl hatte, so kann man daraus bereits schließen, wie einflußlos die ehemals so stolze S. P. D. in Berlin geworden ist. Der Bericht verschweigt auch, ob eine Zunahme oder Abnahme der Beitragsleistung bzw. der Mitgliederzahl eingetreten ist, wahrscheinlich geschieht das nicht ohne Grund.

Wie aber die galoppierende Schwindsucht aussieht, bei der sich die S. P. D. so wohl fühlt, geht aus dem Bericht über den Anstiegsbericht über die Zahl der Neueintritte hervor. Sie betrug 14 078, ist also im Verhältnis zu dem Bestand an Mitgliedern beträchtlich, bestätigt aber vollkommen, daß der alte Mitgliederbestand der S. P. D., der aus der industriellen Arbeiterschaft bestand, davonläuft, während ein Zugang aus anderen Schichten, vornehmlich der Beamten und des Mittelstandes, zur S. P. D. eingestrichelt hat. Der Zugang aus diesen kleinstädtischen Schichten entspricht also der Kleinbürgerlichen Politik, die die Partei jetzt betreibt.

Aus dem Bericht der Prekommission ist bemerkenswert, daß man jede Angabe über den gegenwärtigen Stand der Auflage des „Vorwärts“ unterließ. Statt dessen wurde mitgeteilt, daß die Auflage des „Vorwärts“ am 14. März 1919 (muß heißen 4. März) die bisher höchste Ziffer von 709 000 erreicht habe. Aber selbst der Redaktion des „Vorwärts“ ist dieser Täuschungsversuch zu unehrlich und sie verzieht ihn mit dem Zusatz „ein Spiel, der natürlich nicht gehalten werden konnte“. Wir wollen dazu bemerken, daß am 4. März in Berlin Generalkriegswart und der „Vorwärts“ damals als einziges Blatt existierten, wodurch selbstverständlich sein Absatz an diesem Tage ein vielfaches seiner sonstigen Auflage betragen mußte. Es muß noch schlechter um den Abnehmerstand des „Vorwärts“ bestellt sein, als wir bisher angenommen haben, wenn man erreicht zu derartig plumpen Täuschungsversuchen der Dummheit fähig ist.

Ein Krieg um Schantung?

Amsterdam, 21. August.
Einer von den englischen Ministern vom 19. gebrachten Erklärungsabgabe aus Washington zufolge, erklärte Thomas Millard vor dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten, daß, Wähe und Senkung hätten in einem an den Präsidenten gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß die Zuweisung Schantungs an Japan den Krieg bedeute. Der Präsident hätte sich geweigert, diesen Brief zu veröffentlichen.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

Washington, 20. August. (Neuer.)
Amerikanische Truppen haben bei der Verfolgung der Banditen, die die amerikanischen Flieger gefangen genommen hatten, die amerikanische Grenze überschritten.

Die skandinavischen Jungsozialisten für die dritte Internationale.

Auf der in Kopenhagen bei Kopenhagen tagenden internationalen skandinavischen Jugendkonferenz wurden prinzipielle und taktische Fragen der sozialistischen Jugendbewegung in Skandinavien erörtert. Mit 28 gegen 6 Stimmen wurde der Anschluß an die dritte Internationale beschlossen.

Kein Verkehrsstreik in Belgien.

H. N. Haag, 21. August.
Aus Brüssel wird gemeldet: Nachdem im belgischen Senat der Eisenbahnminister eine Erklärung abgegeben hat, in der er ausführt, daß ein Streik unzulässig sei und daß die Regierung nicht daran denken kann, das Ultimatum der Angestellten zu beantworten, hat die Regierung sich jetzt bereit erklärt, gewisse Zugeständnisse zu machen, und zwar mit Bezug auf Löhne und Arbeitszeit. Das Streikkomitee hat sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden erklärt und sich aufgelöst, so daß die Streikgefahr nunmehr beseitigt ist.

Ein Matrosenstreik in Danzig.

Danzig, 20. August.
D. Z. M. teilt mit: Zwischen deutschen und amerikanischen Matrosen kam es gestern in Reuslawasser zu Zusammenstößen, die ihre Ursache in Eifersüchteleien hatten, zu denen ein

Langbergschiff am Montag abend, um dem deutsche und amerikanische Matrosen teilnahmen, den Anlaß gab. Bereits am Montag kam es in einem Kargelokal zu Streitigkeiten zwischen deutschen und amerikanischen Matrosen, die sich auf der Straße fortsetzten, welche aber mit der Rückkehr der amerikanischen Matrosen auf ihren Zerstörer „Gale“ ihren Abschluß fanden. Als nun am Dienstag Urlaub der kleinen Kreuzer „Frankfurt“, der gegen sechs Uhr nachmittag in den Hafen eingelassen war, an dem Zerstörer „Gale“ vorbeiliefen, ließen sie mit Matrosen von „Gale“ zusammen, wobei einer der deutschen Matrosen schwer verletzt wurde. Die deutschen Matrosen, denen sich auch Zivilpersonen angeschlossen hatten, nahmen nun eine erregte Haltung ein, worauf eine Anzahl amerikanischer Matrosen im Verein mit französischen Matrosen des Torpedoboots „Claimore“ auf die Menge einströmte. Von dem französischen Torpedoboot „Claimore“ wurde ein Schuß abgefeuert, durch den vier Personen leicht verwundet wurden. Der in Reuslawasser stationierte Grenzschiff wurde sofort alarmiert und säuberte die Umgebung des Hafens, worauf auch die Amerikaner und Franzosen abzogen.

Aus der Partei.

Letzter Vorbedaukt.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Danziger Volkszeitung“, Ehrenfried Wagner, ist vom Corps Letzter Vorbedaukt Strafantrag wegen Verleumdung der Regierungstruppen gestellt worden.

Unser Danziger Parteiorgan, „Das freie Volk“, wird seit Sonnabend in eigener Druckerei hergestellt. Wenige Monate sind vergangen, seit unsere dortigen Genossen aus dem Wunsch nach einer eigenen Druckerei eine „Drucker- und Verlags-Genossenschaft“ gegründet haben, und heute sind sie bereits im Besitz einer mit reichlichem Material- und Maschinenmaterial ausgestatteten Druckerei, die es ihnen ermöglicht, die Zeitung in vergrößertem Umfang unter technischer Vervollkommenung und bedeutender Reduzierung der Betriebskosten weiter erscheinen zu lassen. Das ist ein neuer Ansporn für alle Parteigenossen in anderen Städten, der Aufforderung des Parteivorstandes zur Gründung von Druckerei- und Verlags-Genossenschaften Folge zu leisten.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung.

Vom Verband der Gastwirtsgewerkschaften, Ortsverwaltung Groß-Berlin, wird uns geschrieben:

Das Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung im Gastwirtsberuf stellt sich immer mehr als ein Schlag ins Wasser heraus. Nach Erfolg der Verordnung vom 21. April er. koste die Vermittlung auf der ganzen Linie. Als aber die Gastwirts-Zunft — angeblich durch Herrn Oberbürgermeister Wermuth — die Ausföhrung erhielt, sie sei eine öffentliche Korporation und könne ihren Arbeitsnachweiser beibehalten, da nahmen die Stellenvermittler und Blättervereine ihre für sie so nützliche Tätigkeit wieder auf. In einer Verammlung der Gastwirts-Zunft wurde sogar bekanntgegeben, daß neuerdings durch das Polizeipräsidium neue Konzessionen an Stellenvermittler erteilt worden sind. Allem Anschein nach will die hiesige Polizei von der Verordnung nichts oder will nichts wissen, das geht auch daraus hervor, daß trotz lauten Anzeigen durch die Organisation der Polizei nicht das geringste unternimmt. Eine Strafe noch erfolgter Verwarnung hätte sicher Wunder gewirkt. Diese Verpöhrung auf dem Arbeitsmarkt hat natürlich die Durchlöcherung des Tarifvertrages zur Folge. Will sich die Organisation dagegen schützen, so ist wieder eine Forderung, das ganze Wirtschaftsleben gefährdende Lohnbewegung die Folge.

Die Verordnung ist kaum geeignet, der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung den Garaus zu machen. Sie stellt nur die Vergehen der Stellenvermittler selbst unter Strafe, nicht aber die der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn sie dann ohnedies noch so lag gehandhabt wird, so wäre sie besser ganz unterlassen. Sie erweckt nur den Anschein, als wenn auf diesem Gebiet etwas geschehen sei und beschönigt das Nichterheinen eines Gesetzes für Arbeitsvermittlung. Die auf der Konferenz der Gewerkschaften am 20. Februar 1915 beschlossene Leitsätze scheinen uns eine durchaus geeignete Grundlage für ein solches Gesetz zu sein. Nachdem ein führender Gewerkschaftler Arbeitsminister geworden ist, könnte man auch die umgehende Verlebung durch eine Vorlage erwarten.

Mindestens kann man doch verlangen, daß die als Nothilfe geltende Verordnung des Demobilisierungs-Ausschusses Kritik durchgeföhrt wird.

Zentralverband der Glaser. Zahlstelle Berlin.

Am 18. und 19. August hat der Volksgewerksrat für Groß-Berlin zum Zweck des Aufbaues der Arbeiterorganisation eine Erfassung des gesamten werktätigen Volkes veranstaltet. Alle Kollegen werden aufgefordert, für eine reifliche Erfassung sämtlicher Berufsangehörigen Sorge zu tragen und in den durch Plakate kenntlichen Lokalen ihre Meldung zu vollziehen.

Die Ortsverwaltung, J. A.: Max Parzuch.

Verband der Tapezierer. Achtung! Der Groß-Berliner Volksgewerksrat hat für die Zeit vom 18. bis 22. August eine Erfassung des gesamten werktätigen Volkes gemacht. Neuaufbau der Arbeiterorganisation veranlaßt. Wir fordern alle Kollegen und Berufsangehörigen auf, für eine reifliche Erfassung unserer Berufsangehörigen Sorge zu tragen. Betriebe werden sich geschlossen, Einzelbeschäftigte müssen selbst ihre Meldung vollziehen.

Verband der Tapezierer, Filiale Berlin.

Achtung, Steinseher und Berufsgenossen. Wir fordern, daß von jeder Firma ein Kollege oder Genosse die Zahl der Beschäftigten bei der betreffenden Firma zur Arbeitervermittlung in den Werkstätten, spätestens bis Sonnabend, den 23. August meldet.

Gleichzeitig machen wir bekannt, das am Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, in den Brunnenböden, Brunnenstraße Nr. 15, eine sehr wichtige Versammlung stattfindet. Wir erziehen um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

J. V.: Die Vertrauensleute der J. S. P. D. u. R. P. D.

Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin. Es ist uns die Mitteilung gemacht worden, daß reichliche Kollegen die Vertriebsanmeldung offen laßten. Wieder andere geben der, sich den Beschlüssen der Gewerkschaft zu fügen, aber der „rote Volksgewerksrat“ ginge sie nicht an. Wir wollen deshalb darauf hin, daß feinerzeit die Gesamtverordnetenversammlung die Einsetzung einer Wahlberechtigungskommission und damit die Wahlberechtigung beschlossen hat. Es liegt im Interesse der Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Vertriebsanmeldung wird, selbst wenn die Reichsregierung die Mehrheit hat. Auf eine Erklärung von Weimar zu warten, haben die Berliner Holzarbeiter doch wohl nicht nötig. Unwahrscheinliche und einzelne Kollegen müssen sich persönlich melden. Die Ortsverwaltung.

... ab, obwohl er in Punkt 1 die Initiative für sich in Anspruch nimmt. Er sieht sehr die Kummiel der Künstler auf die „Freie Jugend“. Eiderlich hätte man nun mit der Ausstadi der „Freie Jugend“, die also die „Freie Jugend“ getroffen hat, trotz mancher Mängel eine herrliche Ausstellung machen können, wenn man z. B. statt eines Dutzendes von Franz Marx und fünf Bildern von Kompendon lieber fünf Bilder von Marx und einen Holzstich von Kompendon gegeben hätte, um den Wunsch der „Freie Jugend“, diese beiden Künstler vertreten zu sehen, gleichmäßig zu erfüllen. Wenn aber die „Freie Jugend“ auch Zahl und Titel der Bilder festgelegt haben sollte, so hätte Waden die Pflicht gehabt, sie aufzuführen. Denn es muß ganz genau, wie das Wertverhältnis Marx-Kompendon, auch die Anzahl und Titel der Bilder festgelegt haben. Und das gleiche gilt von den anderen Fällen. Weil er das nicht genau hat, sprach ich von Geschäftsbetrieb, ob der „Sturm“ nun ein direkter Geschäftsbetrieb oder nicht. Waden weiß sehr wohl, was gemeint ist. Notizen Geschäftsbetrieb, so hat die Art. Ausstellungen ohne Pflichtgefühl zu lobpreisen, so hat eigene Initiative oder auf Wunsch in gleichgültig. Im eigenen Interesse ist die Leiter der „Freie Jugend“ nicht weiter mit dieser Notizen zu kanalisieren. Denn nachdem die „Freie Jugend“ sich auf meine Kritik bedacht hat, wird Waden sich nicht auch mich in „Sturm“ zu Wort kommen lassen, wenn ich mich erdreiste Angriffe richtig zu stellen habe!

Theaternachrichten.

Der Kaiser-Stadtheater eröffnen die neue Spielzeit am Sonntag, den 24. August, und zwar das Opernhaus mit „Lohengrin“ und das Schauspielhaus mit den „Räubern“. Die Direktion Reinhard und Bernauer eröffnet die diesjährige Spielzeit am Sonnabend im Theater in der Königstraße mit einer Neuinszenierung von August Strindbergs „Kameraden“. In Vorbereitung befindet sich das Schauspiel „Kabale und Liebe“. Die inneren der ersten Hälfte des September zur Aufführung gelangt. Die zweite Hälfte des September erfolgt im „Kombidien-Theater“ die Aufführung von „Schloß Wetterstein“ von Hans Wedelind. Am 1. Oktober findet die Neuinszenierung von Strindbergs „Kameraden“ mit der Musik von Wagner im Theater in der Königgräber Straße statt. Die komische Oper bringt als erste Neuheit dieser Spielzeit die Operette „Diebesbande“ von Oscar Straus. Die Aufführung findet am 2. September statt. Am Hofe-Theater wird als Neuauflage in dieser Spielzeit am Sonnabend, den 23. August das Schauspiel „Kameraden“ von Wilhelm Mann gegeben.

